

«Schneckenpost»: Post-Revision sorgt für scharfe Kritik

- 14.06.2024
- 20min.ch / 20 Minuten Online

Darum gehts Der Bundesrat hat Änderungen bei der Grundversorgung durch die Schweizer Post beschlossen, wie Medienminister Albert Rösti mitteilt. Künftig sollen nur noch 90 Prozent der Briefe und Pakete pünktlich ankommen müssen – und rund 60'000 Haushalten wird die Post nicht mehr bis zum Haus geliefert. Der Vorschlag des Bundesrats sorgt für reichlich Kritik – von linker, wie auch von rechter Seite. Die Anzahl der mit der Schweizer Post versandten Briefe sinkt – in den letzten zehn Jahren um rund ein Drittel. Der Bundesrat hat deshalb entschieden, eine Revision der Postverordnung einzuleiten.

Am Freitag stellte Bundesrat Albert Rösti die vorgeschlagenen Massnahmen vor. Insgesamt soll die Schweizer Post mit den Massnahmen ab 2026 jährlich bis zu 45 Millionen Franken einsparen. Damit solle die Finanzierung der Grundversorgung vorläufig sichergestellt werden. Die geplanten Sparmassnahmen bei der Schweizer Post Briefe und Pakete sollen neu nur noch in 90 Prozent der Fälle pünktlich zugestellt werden müssen – statt wie heute in 97 respektive 95 Prozent der Fälle. Künftig sollen nur noch ganzjährig bewohnte Siedlungen die Post bis an die Grundstücksgrenze zugestellt erhalten: Damit werden Briefe und Pakete von rund 60'000 Haushalten nicht mehr nach Hause geliefert.

Die Post soll einen digitalen Brief in die Grundversorgung aufnehmen. Dafür wolle die Post eine Dienstleistung mit einer verschlüsselten Übermittlung anbieten. Insgesamt soll die Post mit diesen und weiteren Massnahmen ab 2026 jährlich bis zu 45 Millionen Franken einsparen. Noch ist nichts final: Bundesrat Rösti muss bis nächsten Februar eine Vorlage ausarbeiten. Diese soll dann Kantonen, Parteien und Verbänden zur Stellungnahme unterbreitet werden.

SP-Roth spricht von einem «Tabubruch» Die angekündigten Massnahmen sorgen innerhalb der Schweizer Politik für heftige Kritik: SP-Nationalrat David Roth beschwerte sich auf X (ehemals Twitter) über den Bundesrats-Vorschlag und sprach von «Schneckenpost». Dass die Post künftig nur noch ganzjährig bewohnte Siedlungen beliefern muss, stellt für ihn einen «absoluten Tabubruch» dar, wie Roth gegenüber 20 Minuten sagt: Der Auftrag der Post sei es nämlich, den Menschen die Post an die Grundstücksgrenze zu liefern. «Natürlich wäre es für die Post am einfachsten, wenn alle ihre Briefe im Verteilzentrum in Härkingen abholen würden», erklärt Roth. Diese Massnahme werde unweigerlich zu längeren Wegen für Herr und Frau Schweizer und zu kürzeren Wegen für die Post führen: «Das mag eine Gewinnsteigerung zur Folge haben, steht aber im Widerspruch zu den ökologischen Zielen der Post und deren Kernauftrag. Es handelt sich also um einen weiteren Schritt vonseiten des Medienministers, um den Service Public zu zerschlagen.

» SVP-Hurter befürchtet «Zweiklassengesellschaft» Auch seitens der SVP steht man den vorgeschlagenen Massnahmen kritisch gegenüber: «Diese Vorschläge zeigen mir, dass wir politisch über die Grundsätze bei der Post und wo es mit ihr hingehen soll, sprechen müssen», sagt SVP-Nationalrat Thomas Hurter. Dass die Post nicht mehr jedes Haus beliefern soll, sieht er kritisch. «Das deutet für mich schon fast in Richtung Zweiklassengesellschaft – so etwas kommt ganz schlecht an, wenn die Post nicht mehr an alle liefert.» «Lange wurde mit der Post «gebastelt», aber die Grundsatzdebatte hat gefehlt. Diese müssen wir jetzt dringend in die Hand nehmen», betont Hurter.

GLP-Nationalrätin fordert weitere Massnahmen Zu wenig weit gehen die Massnahmen GLP-Nationalrätin Barbara Schaffner. «Der Bundesrat traut sich nicht, die Leistungen der Post der Realität – nämlich der fortschreitenden Digitalisierung – anzupassen», sagt sie. Den digitalen Brief einzuführen, sei zwar ein richtiger Schritt, man müsse gleichzeitig aber auch diskutieren, ob die Post wirklich weiterhin jeden Tag physisch zugestellt werden müsse. Denn: «Dringendes wird

heutzutage sowieso nicht mehr per Brief verschickt.» Hier läge wohl auch das grösste Sparpotenzial, so die Zürcherin.

«Stattdessen will der Bundesrat die Zuverlässigkeit der Zustellungen herunterschrauben – das macht für mich überhaupt keinen Sinn.» Grüne kritisieren Vorgehen Die Grünen kritisieren an den geplanten Massnahmen zudem die Art der Umsetzung. Diese soll nämlich auf dem Verordnungsweg geschehen. Heisst: Der Bundesrat kann im Alleingang, ohne Zustimmung des Parlaments, entscheiden. FDP-Nationalrat stellt Briefpost-Monopol in Frage FDP-Nationalrat Matthias Samuel Jauslin begrüsst, dass der Bundesrat die Postverordnung anpassen will.

«Die Post scheint sich mit zahlreichen Investitionen in alle Richtungen retten zu wollen – somit ist es gut, dass der Bundesrat diese Entwicklung in Frage stellt.» Was die Massnahmen angeht, ist Jauslin jedoch geteilter Meinung: «Ich kann nachvollziehen, dass die Post nur noch Siedlungsgebiete beliefern will, der Aufwand für Zustellungen in abgelegene Gebiete ist relativ gross.» Abholservices wie etwa My Post 24 oder die Poststellen im Volg würden eine gute Alternative darstellen. Aber: «Die Pünktlichkeit der Zustellungen dazu noch herunterzuschrauben, ist dann nicht mehr berechtigt», so Jauslin. Der FDP-Mann stellt auch das Monopol der Post auf Briefe bis 50 Gramm in Frage: «Wenn sie diese nicht mehr allen nach Hause liefern, muss man sich schon fragen, wieso man dieses Briefpost-Monopol nicht aufbricht.

» Wollte man, dass ein Brief auch bis zur Haustüre des Empfängers geliefert werde, sollte man auch einen kostenpflichtigen Privatanbieter wählen dürfen, so Jauslin. Bundesrat Albert Rösti will mittels Anpassung der Grundversorgung der Schweizer Post jährlich 45 Millionen Franken sparen. In Bundesbern erntet der Vorschlag reichlich Kritik – von allen Seiten. SP-Roth spricht von einem «Tabubruch» SVP-Hurter befürchtet «Zweiklassengesellschaft» GLP-Nationalrätin fordert weitere Massnahmen Grüne kritisieren Vorgehen FDP-Nationalrat stellt Briefpost-Monopol in Frage Christina Pirskanen Kaspar Schwarzenbach Daniel Trüssel Am Freitag hat Medienminister Albert Rösti tiefgreifende Änderungen in der Grundversorgung der Schweizer Post vorgestellt. Um Kosten zu sparen, sollen die Anforderungen an die Pünktlichkeit sinken und weniger Haushalte beliefert werden.